

# Haushaltsdefizit in Freiburg polarisiert

Als «besorgniserregend» bezeichneten Mitte und Rechts die Rechnung 2024 der Stadt Freiburg im Generalrat – ein Nachholeffekt untätiger Vorgängerregierungen, konterte die Ratslinke.

Regula Saner

**Freiburg** Erstmals seit 2013 verzeichnete die Stadt Freiburg im vergangenen Jahr wieder ein Defizit. Die Rechnung 2024 weist ein Minus von rund 5,2 Millionen Franken auf. Gründe für das Defizit sind vor allem der gestiegene Personalaufwand sowie höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Weniger hoch als budgetiert erwiesen sich auch die Steuereinnahmen von Unternehmen. Was die Investitionen angeht, so betragen diese rund 43 Millionen Franken. Das Vermögen der Stadt liegt bei rund 212 Millionen Franken (wir berichteten).

Finanzvorsteher Laurent Dietrich (Die Mitte) hob anlässlich der Generalratssitzung vom Dienstagabend positiv hervor, dass das Defizit immerhin um 7,6 Millionen Franken tiefer ausgefallen sei als budgetiert. «Die Steuereinnahmen der natürlichen Personen waren im Gegensatz zu den Unternehmen höher, es gab weniger Transferkosten, bei den Amortisationen liegen wir im angestrebten Bereich, der Gewinn aus der Deponie Châtillon fiel höher aus, und die Energiekosten lagen tiefer.»

«Ohne Mass»

Und dennoch warnte Dietrich vor finanzpolitischem Übermut. Die Prognosen für die kommenden Jahre seien getrübt. In Zukunft dürften die Ausgaben gegenüber den Einnahmen weiter steigen. Zudem gebe es viele Unbekannte, wie den künftigen Verteilschlüssel im Regionalverband des Saanebezirks (ARS), der einige Aufgaben der Agglo übernehmen wird. Ungewiss seien auch die Auswirkungen der Sparmassnahmen auf Kantons- und Bundesebene. «Wir müssen die Negativspirale bremsen und gleichzeitig die Dienstleistungen für die Bevölkerung bewahren.»

In der Eintretensdebatte kritisierten die bürgerlichen Partei-



Die Stadt Freiburg ist im Wandel, und das kostet: Hier der neugestaltete Pertuis-Platz bei seiner kürzlichen Einweihung.

Antoine Vulloud (Archivbild)

## «Der Verwaltung mangelt es an Mass und Verstand.»

José Uldry  
SVP-Generalrat

en die Entwicklung scharf. David Krienbühl sagte im Namen der FDP: «Trotz der düsteren Aussichten hat der Gemeinderat weiterhin masslos Geld ausgegeben und die Verschuldung damit deutlich erhöht.» Die Stadt habe ein strukturelles Problem. «Der Plafond bei den Steuereinnahmen ist erreicht, und die Personalkosten sind ausser Kontrolle geraten, obwohl das Bevölkerungswachstum stagniert.»

Ein Personalstopp sei angezeigt, und eine bessere Priorisierung bei den Investitionen. Krienbühl machte auch deutlich, dass die FDP für Steuererhöhungen als Ausweg kaum zu haben sein wird: «Wir sind für Steuern, die so niedrig wie möglich, aber so hoch wie nötig sind! Nicht mehr und nicht weniger.» In diesem Sinne werde sich seine Fraktion

der Abstimmung über die Rechnung enthalten.

Dem schloss sich auch die Mitte-GLP-Fraktion an. Die Lage sei besorgniserregend, sagte Isabelle Sob (Die Mitte). Sie forderte eine «Kultur voraussehenden Handelns».

José Uldry von der SVP warnte, dass es ein Fehler wäre, sich auf den vergangenen Gewinnen ausruhen zu wollen. Er vermisse jedoch einen klaren Sparwillen von Regierung und Parlament: «In den letzten Monaten haben wir fast 400'000 Franken für drei Bäume ausgegeben. Das mag anekdotisch klingen, ist aber im Gegenteil symbolisch, da es eine Verwaltung veranschaulicht, der es an Mass und Verstand mangelt.» Mit seiner Aussage bezog sich Uldry vermutlich auf die Pflanzung zwi-

## «Freiburg hat endlich aus seiner faulen Bescheidenheit herausgefunden.»

Valentine Mauron  
Generalrätin Grüne

er zusätzlicher Bäume auf dem Sankt-Katharinen-Platz im Burgquartier für 260'000 Franken und den Erhalt des Kastanienbaums auf dem Klein-Sankt-Johann-Platz für 100'000 Franken. In diesen Beträgen eingeschlossen sind allerdings auch die damit verbundenen Arbeiten.

Uldrys Analyse teilte Valentine Mauron von den Grünen hingegen so gar nicht. Das erste Defizit seit 2013 sei vielmehr Ausdruck dafür, dass in der laufenden Legislatur die Untätigkeit der Vorgängerregierungen habe aufgeholt werden müssen.

«Ein Muss»

«Die grossen Investitionen der letzten Jahre waren notwendig, prioritär und strategisch – für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt und zugunsten der kommenden Generationen. Freiburg hat endlich aus seiner faulen Bescheidenheit herausgefunden.» Das Rechnungsergebnis zeige weiter, dass der Generalrat in der Vergangenheit gut daran getan habe, eine Senkung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen abzulehnen, «die wiederholt von den bürgerlichen Parteien gefordert wurde». Aber auch Mauron stellte nicht in Abrede, dass eine ausgeglichene Rechnung das Ziel sein müsse.

Maurice Page (Mitte Links – CSP) bezeichnete das Jahr 2024 als stabil, die Rechnung bilde immer besser die tatsächliche Finanzlage ab. «Aber ein Defizit bleibt eben ein Defizit.» Sorge bereite ihm unter anderem die Abhängigkeit der Stadt von ein paar wenigen grossen Firmen.

Nadège Piller (SP) meinte: «Die Rechnung ist weder eine Überraschung, noch fällt sie völlig aus dem Rahmen.» Eine lebendige Stadt koste, zahle sich sozial, ökologisch und wirtschaftlich aber auch aus.

Der Generalrat hiess die Rechnung sodann mit 46 zu 0 Stimmen bei 24 Enthaltungen gut.

## Ja zur Post-Esplanade

Der Vorplatz bei der Hauptpost kann aufgewertet werden.

**Freiburg** 2,5 Millionen Franken kostet die Neugestaltung des Vorplatzes bei der Hauptpost in Freiburg, inklusive Erwerb eines Teils des Grundstücks. Geplant ist ein Ort mit viel Grün, der zum Spielen und Flanieren einlädt. Die Arbeiten sollen noch in diesem Herbst beginnen (wir berichteten). Der Generalrat hiess am Dienstagabend den Verpflichtungskredit mit grossem Mehr gut.

«Wir begrüssen die Massnahme, welche den Platz zu einem geselligen Ort macht und den Langsamverkehr fördert», sagte Jérémie Stöckli (Grüne). Er sah allerdings noch Verbesserungspotenzial beim Regenwassermanagement und fand, dass der Platz noch grüner sein könnte. Stöckli kritisierte zudem

die begrenzte Zugänglichkeit für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Denn diese gelangen nur von der Seite, also von der Tivolistrasse her, auf die verschiedenen Ebenen des mehrstufigen Platzes.

Dem schloss sich auch Océane Gex (FDP) an. Sie meinte zwar: «Wir freuen uns. Es ist ein sehr schönes Projekt.» Aber: «Wir wünschen uns, dass die Treppen durch eine Rampe ergänzt werden.» Gex stellte auch die Frage in den Raum, ob die Stadt nicht einen günstigeren Kaufpreis hätte aushandeln können.

Dies verneinte Gemeinderat und Bauvorsteher Elias Moussa (SP). Die Verhandlungen seien im Rahmen der üblichen Spielregeln erfolgt. SP-Generalrat Pier-

re-Alain Perritaz wies zudem darauf hin, dass die Agglo das Projekt zur Hälfte subventionieren werde. «Die Ausgaben sind somit akzeptabel, zumal das Projekt auch den Raum strukturiert.»

«Kein Plan»

Kaum ein gutes Haar liess Caroline Revaz (GLP) im Namen der Mitte-GLP-Fraktion am Projekt. Sie verlangte nichts weniger als die Rückweisung des Geschäfts. «Es ist nicht reif.» Der Gemeinderat habe keinen Plan für den Kiosk, die Zugänglichkeit sei eingeschränkt und es fehle an einer Koordination mit der Aufwertung des Bahnhofvorplatzes.

Ihr Antrag hatte indes keine Chance und wurde mit 55 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. (rsa)

## Votum für die Zweisprachigkeit

Freiburgs Generalrat lanciert eine Resolution zur Zweisprachigkeit.

**Freiburg** Der Generalrat der Stadt Freiburg hat eine überparteiliche Resolution zur Stärkung der Zweisprachigkeit einstimmig verabschiedet. Die Stadt, die an der Sprachgrenze zwischen der französischen- und deutschsprachigen Schweiz liegt, bekräftigt damit die Bedeutung ihrer zweisprachigen Identität.

Breite Gültigkeit

Die Resolution begrüsst die bereits ergriffenen Massnahmen zur Förderung der Zweisprachigkeit und fordert den Gemeinderat auf, diese Politik weiter zu verstärken. Konkret sollen der Dialog zwischen den Sprachgemeinschaften gefördert und die Zweisprachigkeit in allen Bereichen des städtischen Lebens intensiviert werden.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Entwicklung einer umfassenden Zweisprachigkeitsstrategie sowie der Förderung zweisprachiger Bildungsangebote von früher Kindheit an. Auch soll die Attraktivität der Stadt für beide Sprachgemeinschaften in allen Quartieren gestärkt werden.

Die Resolution betont, dass die Zweisprachigkeit nicht als selbstverständlich betrachtet werden kann, sondern kontinuierliche Aufmerksamkeit und politisches Engagement erfordert. Sie wird dem Gemeinderat, dem Oberamt des Saanebezirks, dem Staatsrat des Kantons Freiburg sowie der Presse übermittelt.

Der Beschluss fällt in eine Zeit, in der auf kantonaler Ebene eine breite Reflexion über

die Sprachpolitik stattfindet. Er ist aber auch als indirekte Antwort auf die Communauté Romande du Pays de Fribourg zu verstehen, die erst kürzlich die Oberamtsfrau aufgefordert hat, die Schaffung eines zweisprachigen Logos für die Stadt Freiburg zu stoppen (wir berichteten). Der Gemeinderat möchte damit im Auftrag eines Postulats aus dem Generalrat die Werte der Stadt widerspiegeln, wozu die Zweisprachigkeit gehört.

Mitunterzeichner François Yerly-Brault (Grüne) sagte: «Zweisprachigkeit ist nicht nur ein prägendes Element unserer städtischen Kultur, sondern auch ein Grundpfeiler der schweizerischen Politik, die auf Kompromiss, Koexistenz und gegenseitigem Respekt beruht.» (rsa)